Nr. 279.

Vierteljährlich in der Geschäftsstelle u. an allen Postanstalten 1,20 M., bei täglicher Zustellung in Bielefeld 1,40 M., durch Briefträger 1,62 M.

Postzeitungsliste Nr. 5381.

Neue Westfälische Volks-Zeitung

Bielefeld

31. Jahrgang

Anzeigengebühr für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., Reklamen 40 Pf.

Erscheint sechsmal wöchentlich.

Geschäftsstelle Ritterstr. 43. Fernsprecher Nr. 15.

Donnerstag, 28. November 1907.

Historischer Kalender.

28. November: Mac Mahon, französ. Marschall, geb. 1808. — Maximilian II., König von Bayern, geb. 1811. — Freiherr v. Bunsen, Staatsmann und Gelehrter, gest. 1860. — Niederlage der französischen Nordarmee bei Amiens, 1870. — Gefecht bei Beaune la Rolande, 1870. — Entsetzliche Explosionskatastrophe bei Annen (40 Tote, 62 schwer, 100 leicht Verwundete) 1906.

Die Polenvorlage

wurde am Dienstag im Abgeordnetenhause vom Fürsten Bülow unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses eingehend begründet. In seiner etwa einstündigen Rede, die gegen das Ende hin öfter durch Zwischenrufe aus den Reihen der Polen und des Zentrums unterbrochen wurde, gab Fürst Bülow ein sehr umfangreiches Material, das allerdings ein beredtes Zeugnis für die Notwendigkeit einer Fortführung des Schutzes des Deutschtums ablegt, aber andererseits doch nicht alle Bedenken überflüssig zu machen geeignet ist, die bereits im Vorjahre, namentlich von konservativer Seite, erhoben worden sind. Fürst Bülow berief sich auf den Fürsten Bismarck, dessen Politik gegen die Polen auch die jetzige Regierung für die richtige halte. Wichtig sei vor allem auch die kulturelle und wirtschaftliche Hebung des Ostens, auch die Notwendigkeit der Besserstellung der Beamten und Lehrer sei früher schon wiederholt betont worden. In der Verfolgung der auf die Hebung des Ostens gerichteten Politik habe sich noch das Ansiedelungswerk gehoben: In den letzten sechs Jahren seien gegen 9000 Familien angesiedelt worden, doppelt so viel wie in all den Jahren vorher. Wenn man sage, der Vorsprung der polnischen Bevölkerungsvermehrung sei durch das Ansiedelungswerk nicht einzuholen, so sei das unzutreffend. Fürst Bülow unterstützte diese Behauptung durch ein reiches statistisches Material, von dem er die Hoffnung aussprach, daß es das Haus überzeugen und „unnötige Polemiken" verhindern werde. Es seien zwingende Gründe, durch die die Regierung veranlaßt werde, die gegenwärtige Vorlage mit ihren „tiefeinschneidenden Maßnahmen" einzubringen.

Fürst Bülow nahm im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen wiederholt Bezug auf die Rede, die er am 13. Januar 1903 im Abgeordnetenhause gehalten hatte. Er verlas stellenweise lange Stücke daraus. Des weiteren hob er wiederholt hervor, daß er die Förderung des städtischen Deutschtums als eine der wichtigsten Aufgaben der Polenpolitik ansehe. Das bisherige Ansiedelungsverfahren müsse fortgesetzt werden. Wenn die Regierung jetzt eine so große Summe zu Ansiedelungszwecken fordere, so möge das Haus in Betracht ziehen, daß eine so investierte Summe sich bedeutend höher verzinse, als andere Staatsanlagen. Als sehr wichtig bezeichnete Fürst Bülow die Erhaltung auswanderungslustiger Elemente für das Land durch die Ansiedelungspolitik.

Während das Haus bis dahin den Darlegungen des Fürsten mit Aufmerksamkeit und in Ruhe gefolgt war, machte sich lebhafter Widerspruch in den Reihen der Polen bemerkbar, als die Rede auf die polnischen Gegenwehrbestrebungen, auf ihre finanzielle Opferwilligkeit und auf ihre leider immer mehr von Erfolg begleiteten Bemühungen, deutschen Besitz an sich zu reißen, kam. Da müsse etwas Durchgreifendes geschehen. Mit Ausnahme der Fideikommisse und der Domänen vermindere sich der Landbesitz in deutschen Händen mehr und mehr und die Zeit sei abzusehen, da er ganz verschwinden werde. Da bleibe nur die Maßregel übrig, „große Inseln des Deutschtums im polnischen Meere zu bilden." Aber wir können freihändig nicht kaufen und da bleibe nur der Weg der Enteignung. Die letzten Worte sprach der Ministerpräsident mit erhobener Stimme unter stürmischem Widerspruch auf der polnischen Seite. Er stellte in Abrede, daß die Enteignung zu den befürchteten Härten führen könne, da man diese „scharfe Waffe von Seiten der Regierung niemals zum Angriff, sondern nur zur Abwehr anwenden werde." Die Regierung bezwecke mit der Enteignung vor allem die Wiederherstellung der Ruhe auf dem Geldmarkte, die zu einer Stabilisierung der Bodenpreise führen werde. Die Regierung habe die Frage sorgfältig geprüft und sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie den Weg der Enteignung nicht nur gehen dürfe, sondern gehen müsse. In der Ostmarkenpolitik gebe es kein „Zurück" mehr, sondern nur ein „Vorwärts".

Fürst Bülow setzte sich unter lebhaften Zisch- und Protestrufen aus den Reihen der Polen und des Zentrums, die den Beifall zu übertönen suchten.

So schwierig die Stellungnahme zu der Vorlage auch ist, da die gebotenen Garantien der Enteignung kaum hinreichend erscheinen, so stehe doch zu hoffen, daß man in der Kommission zu einer annahmbaren Form des Gesetzes gelangen wird.

Die Rede zur Eröffnung des Landtages

entwirft ein wenig erfreuliches Bild der Finanzlage. Das laufende Rechnungsjahr wird bei der Eisenbahnverwaltung einen Fehlbetrag ergeben, der nach den Andeutungen der Eröffnungsrede recht bedeutend zu werden scheint. Daß dies möglich ist trotz der erheblichen Steigerung der Einnahmen besonders aus dem Güterverkehr, leuchtet nicht ohne weiteres ein. Es müssen, meint die ‚Kreuz-Zeitung', hier doch weit zurückreichende Versäumnisse der Verwaltung vorliegen, die nicht rechtzeitig und planmäßig genug auf die Erneuerung, Erweiterung und Vermehrung der baulichen Anlagen und des rollenden Materials Bedacht genommen haben kann. Müssen wir aber einerseits jetzt für die unwirtschaftliche Verwaltung der Einnahmen aus früherer Zeit aufkommen, so ergibt sich darüber hinaus noch die Notwendigkeit, Anleihen aufzunehmen, um die Geleise zu vermehren und neue Betriebsmittel anzuschaffen. Was die letzteren anbetrifft, so läßt sich ihre Beschaffung aus Anleihemitteln prinzipiell nicht rechtfertigen, und nur die Notwendigkeit, den Etat zu entlasten, hat zu diesem Auswege geführt. Wir hoffen, daß es das letzte Mal sein wird, zumal die Wahrscheinlichkeit nicht dafür spricht, daß die nächsten Jahre eine Steigerung der Einnahmen bringen werden. Die Aufbesserung der Beamten-, Lehrer- und Pfarrergehälter wird einen Mehraufwand von „mehr als 100 Millionen Mark" zur Folge haben. Die erforderlichen Mittel werden zum erheblichen Teil durch Steuererhöhungen aufgebracht werden müssen. Entsprechende Vorschläge werden in Aussicht gestellt. Aber andererseits sollen in allen Verwaltungszweigen „alle nicht durchaus erforderlichen Mehrausgaben" zurückgestellt und erst in den nächsten Jahren berücksichtigt werden. Darin spricht sich deutlich genug die große Schwierigkeit aus, mit der die Finanzverwaltung gegenwärtig zu kämpfen hat, und wir können nur wünschen, daß der Landtag die von der Regierung als geboten bezeichnete „größte Sparsamkeit" sich ebenfalls zur Pflicht macht.

Der Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes.

Die konservative Partei begegnet schon um deswillen der Reichsvereinsgesetzvorlage mit starken Bedenken, weil dadurch das Vereins- und Versammlungswesen der Kompetenz der Bundesstaaten entzogen wird. Gesteht unsere Partei gleichwohl eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie grundsätzlich zu, so bringt sie damit, wie mit aller Schärfe hervorgehoben werden muß, ein sehr bedeutendes Opfer zugunsten der liberalen Hälfte des Reichstagsblocks. Dieses Opfer aber noch weiter zu erschweren, sollte möglichst vermieden werden; der vorliegende Entwurf hat diesem Umstande in manchen Stücken zu wenig Rechnung getragen.

Man wird zugeben müssen, daß das Reichsvereinsgesetz nach dem vorliegenden Entwurfe ungemein freiheitlich gestaltet ist. Soweit sich dies mit der Staatsautorität und dem Staatsraison verträgt, mögen die Bedenken beiseite gelassen werden; aber nach konservativer Anschauung geht die Vorlage in manchen Stücken zu weit, so daß befürchtet werden muß, das neue Recht könne den staatsfeindlichen Bestrebungen wesentlich Vorschub leisten. Mit großen Bedenken sieht man deshalb im konservativen Lager der neuen Bestimmung gegenüber, daß fortan Frauen, Lehrlinge und Schüler die unbeschränkte Freiheit haben sollen, an Vereinen und Versammlungen teilzunehmen.

In der Begründung ist über diesen Punkt ganz im Sinne des laissez aller gesagt, es sei in erster Linie die Erwägung maßgebend gewesen, daß Vereine und öffentliche Versammlungen nicht die einzigen Mittel seien, durch die ein politischer Einfluß auf Jugendliche möglich sei, daß daher durch eine Beschränkung auf diesem Gebiete nur ein Bruchteil der sich möglicherweise ergebenden Gefahren beseitigt werde. Und ferner: es sei nicht notwendig erschienen, eine entsprechende Vorschrift ausdrücklich in das Gesetz aufzunehmen, da zum Schutze gegen Unzuträglichkeiten ein ausreichender Ersatz (?) einerseits in dem elterlichen Einfluß und der Handhabung der Schulzucht, anderseits in der Stellung zu finden sei, die §§ 127, 127a der Gewerbeordnung dem Lehrherrn gegenüber dem seiner väterlichen Zucht unterworfenen Lehrling anweisen. Wir dürfen nur an die wachsende Ausdehnung der sozialdemokratischen Lehrlingsbewegung zu erinnern, um das Unhaltbare dieser Auffassung darzutun.

Die Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf öffentliche Versammlungen muß ebenfalls Bedenken verursachen. Die Begründung führt allerdings auf, daß unter öffentlichen Versammlungen nicht nur diejenige zu verstehen seien, die als solche veranstaltet werden, sondern im Gegensatze zu den eigentlichen geschlossenen Versammlungen entsprechend der geltenden Rechtsprechung insbesondere auch die Versammlungen solcher Vereine, „die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebietes, das sie umfassen, wie nach der Zahl ihrer Mitglieder so groß sind, deren Organisation eine so lose, bei denen der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzung gebunden und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden könne, ihre Mitglieder bildeten einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen" (Entsch. des Reichsgerichts in Strafs. 21 S. 256). Für die rechtliche Beurteilung mache es daher keinen Unterschied, ob eine Versammlung eine Vereinsversammlung sei, oder nicht. Vielmehr sei auch eine Vereinszusammenkunft, wenn sie die Merkmale einer öffentlichen Versammlung an sich trägt, als solche zu behandeln. Es wird also hier vielfach auf die Handhabung der Bestimmungen ankommen.

Die Forderung, daß die Sprache in öffentlichen Versammlungen deutsch sein müsse, ist gerechtfertigt und als Fortschritt zu begrüßen.

Es wird nun darauf ankommen, daß in den Verhandlungen, besonders in der Kommission, an die der Entwurf jedenfalls überwiesen werden wird, die Bedenken, die konservativerseits erhoben werden müssen, möglichst hinweggeräumt werden.

Die Börsengesetznovelle

bedeutet ein ganz erhebliches Entgegenkommen auf die liberalen Wünsche. Wohl wird in dem Entwurfe das Verbot des Getreideterminhandels aufrecht erhalten, ja es wird eine Unwirksamkeitserklärung der verbotenen Termingeschäfte hinzugefügt; aber — wieviel „unwirksame" Geschäfte werden wohl gemacht! Ohne Strafbestimmungen wird man zu dem Ziele, den Getreideterminhandel vollkommen zu beseitigen, nicht gelangen, und solche Strafbestimmungen fehlen in dem Entwurfe. Der legitime effektive Zeithandel in Getreide ist ohnedies erlaubt, die Grenzen, die ihm in der Vorlage gezogen sind, beschränken dieses Geschäft auf solche Personen, von denen nach ihrem Berufe und Gewerbe vorauszusetzen ist, daß sie die zu handelnden Mengen benötigen oder über sie verfügen können. Das Verbot des Terminhandels in Bergwerks- und Fabrikaktien ist in dem Entwurfe beseitigt; dagegen soll, um einer schädlichen Wirkung des Terminhandels entgegenzutreten oder zu können, dem Bundesrate die Befugnis verbleiben, Börsentermingeschäfte in bestimmten Waren und Wertpapieren zu verbieten. Die erlaubten Termingeschäfte haben zudem in der Vorlage eine Neuregelung erfahren; u. a. soll auf eine strenge Reglementierung des Terminhandels hingewirkt und auch dem erlaubten Termingeschäft, sofern es eine bestimmte Grenze überschreitet, der Rechtsschutz entzogen werden. Das Börsenregister ist ebenfalls in dem Entwurfe beseitigt. Zugelassen werden die in das amtliche Handelsregister eingetragenen Vollkaufleute, frühere und gegenwärtige Börsenbesucher und berufsmäßige Bankiers und Börsenhändler. Die Grenzen sind also ziemlich weit gezogen. Schließlich ist bestimmt, daß der Spieleinwand wie bisher ausgeschlossen bleibt, daß jedoch bei Termingeschäften zwischen Vollkaufleuten der eine Teil sich an dem vom anderen Teile gestellten Pfand bezahlt machen kann, für sich selbst aber hinsichtlich des Geschäftsabschlusses voll verbindlich bleibt.

Politische Nachrichten.

Aus dem deutschen Reiche.

Berlin, 27. November.

Die deutsch-konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses wird, wie wir hören, angesichts der überhand nehmenden Rechtsverletzungen durch auswärtige landwirtschaftliche Arbeiter eine Interpellation einbringen, in der eine Erhöhung des Rechtsschutzes gegen auswärtige landwirtschaftliche Arbeiter angelegt und der Regierung ferner die Frage vorgelegt werden soll, ob sie noch in dieser Session ein Gesetz gegen den Kontraktbruch inländischen Gesindes dem Landtage vorzulegen und zur Verabschiedung zu bringen gedenke.

Der Wahlrechtsantrag der Freisinnigen (Reichswahlrecht und Neueinteilung der Wahlkreise) wird in der nächsten Woche auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses kommen. Die Senioren des Hauses haben sich am Mittwoch in diesem Sinne verständigt.

In Labian-Wehlau wurde bei einer Landtagsersatzwahl Landesrat a. D. Burchard (kons.), desgleichen in Eckernförde Graf Reventlow-Altenhof (kons.) gewählt.

Der große Zollnertag in Berlin, den der große 12000 Mitglieder zählende Reichsverband deutscher Grenz-, Zoll-, Re-

visions- und Steueraufseher und der aus diesem Stande hervorgegangenen Assistenten, Sekretäre, Einnehmer und Obereinnehmer, wie vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, einberufen hat, soll, wie nunmehr bestimmt ist, am 3. Dezember, abends 7 Uhr, in den Hohenzollernsälen, Bandelstraße 35 in Berlin, seine große Extra-Versammlung über die Gehalts- und Standesbewegung abhalten. Die interessierten Behörden und die Abgeordneten des Reichs- und Landtages sind geladen, sehr viele Abgeordnete haben bereits ihr Erscheinen zugesagt. Zahlreiche Delegierte aus allen Bundesstaaten Deutschlands werden zu der Versammlung eintreffen. Auf der Tagesordnung steht nur die Beratung über Besserung der schlechten Gehalts- und Standesverhältnisse und die Umwandelung der Zoll- und Steuer-Beamten aus Landesbeamten in Reichsbeamte.

Das teure Geld mit seinem hohen Diskont hat besonders für die Handwerker, wie die ‚Arbeitsmarkt-Korresp.' ausführt, sehr üble Folgen. Die Baulust hat sehr abgenommen, das Bauhandwerk liegt großenteils brach und mit ihm leider viele andere Handwerker und Kaufleute. Es fällt dem kleinen Handwerker schwer, noch Geld geliehen zu bekommen und seine Lage wird noch durch das üble Borgsystem des Publikums verschlimmert. Der Handwerker muß seine hohen Zinsen zahlen, während die Kunden ihn mit der Zahlung für die gelieferte Arbeit oft lange warten lassen und er von den Kunden keine Zinsen für das in der Ware angelegte Geld verlangen kann. Ein Uebelstand ist es, daß die Zersplitterung und gegenseitige Konkurrenzmacherei es zu keinem genossenschaftlichen Kreditinstitute beim Handwerk, wie sie in den landwirtschaftlichen Genossenschaften bestehen, kommen lassen. Alles das wirkt zusammen, um die Lage des Handwerks recht schwer zu machen.

Aus dem Auslande.

Petersburg, 26. Nov. Die Reichsduma hat heute die Ergebenheitsadresse an den Zaren einstimmig angenommen. Es erschollen donnernde Hochrufe auf den Kaiser. Alle Mitglieder des Hauses stimmten die Volkshymne an. Nach nochmaligen Hochrufen auf den Kaiser wird die Sitzung geschlossen.

Marokko. Ein in Manesseb am Kiß für Beobachtungen zurückgelassener Leutnant stieß auf 2000 Marokkaner und wurde mit seiner Abteilung von ihnen zurückgetrieben. Die Marokkaner überschritten den Kiß, gingen aber nicht über Manesseb hinaus, später gingen sie nach Aghal zurück. Auf Grund dieser Ereignisse sind strenge Maßnahmen getroffen worden, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. — In Mazagan verlief die Landung der Sultanstruppen glatt. Die Stadt gehört nun wieder Abdul Asis.

Lagos, 26. Nov. In Abakalibi am Groß-River ist eine ernste Ruhestörung ausgebrochen. Ein britischer Offizier ist getötet, 30 eingeborene Soldaten sind getötet oder verwundet worden. Es sind bereits Truppen nach den aufständischen Gebieten unterwegs.

Schanghai, 27. Nov. Die kaiserlichen Truppen errangen, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatten, in der Provinz Tschekiang einen Sieg über die Aufständischen.

Parteibewegung.

(Zu der geplanten Gründung einer katholisch-evangelischen Zeitung.) die dem Ausgleich der politisch-konfessionellen Gegensätze dienen soll, schreibt die ‚Kreuz-Zeitung': „Doch will uns an dem Zeitungsprojekt nicht gefallen, daß es nach dem Muster der sogenannten unpolitischen Zeitungen angelegt zu sein scheint. Der Umfang solcher Blätter beschränkt sich auf den eigenen Leserkreis. Auch ist das Programm der „Versöhnung" etwas unergiebig; mit dem Blasen der Friedensschalmei allein fesselt man die Leser auf die Dauer nicht, zumal in einer Zeit, da Rom selbst so stark in die Kriegstrompete stößt. Der kirchliche Gegensatz wird sich wohl leider wieder verschärfen. Da ist es freilich verdienstlich, zum politischen und gesellschaftlichen Frieden zu mahnen und das Gemeinsame stark zu betonen. Aber von einem Blatte, das außerhalb aller Parteien stehen will, versprechen wir uns wenig Erfolg." — Das ist auch unsre Meinung.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom 27. November 1907, 1 Uhr.

Der Reichstag nahm am Mittwoch zunächst die Vorlage auf Errichtung von Stiftungen aus dem Nachlaß des Malers Prof. Müller in dritter Lesung an und erledigte dann in erster Lesung den Gesetzentwurf über den Versicherungsvertrag. Die Vorlage, die schon in der vorigen Legislaturperiode bis zur Kommissionsberatung gediehen war, und welche die damals von der Kommission gefaßten Beschlüsse im wesentlichen übernommen hat, fand auch heute wieder bei fast allen Parteien eine freundliche Aufnahme und wurde wiederum einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgte die erste Lesung des Gesetzentwurfes wegen Sicherung der Bauforderungen. Die Besprechung eröffnete Staatssekretär Dr. Nieberding, der die Möglichkeit in Erwägung zog, daß das Haus den von der Regierung eingeschlagenen Weg zur Regelung der wirtschaftlich und juristisch schwierigen Frage nicht als richtig anerkennen werde, aber um eine wohlwollende Prüfung der Vorlage bat. Abg. Junk (ntl.) erklärte sich bereit, auf den Boden der Vorlage zu treten, obwohl er von ihr eine Einschränkung des Baugeschäftes befürchtete. Ebenso war Abg. Mayer (Ztr.) mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden, befürwortete aber die Ausdehnung des Schutzes auch auf die Bauarbeiter. Abg. Pauli-Potsdom (kons.) stimmte dem Grundgedanken der Vorlage zu, warnte aber vor einer Ueberschätzung der Vorlage, da es eine unbedingte Sicherung der Bauforderungen niemals geben würde. Eine ähnliche freundliche Stellungnahme bekundete Abg. v. Dirksen (Rp.), während Abg. Kaempf (frs. Vgg) gegen den von der Regierung eingeschlagenen Weg Bedenken geltend machte. Nach weiterer Debatte trat Vertagung ein.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 27. November.

Am Ministertisch: niemand.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Vizepräsident Freiherr v. Manteuffel eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Fürst Knyphausen spricht in einem Telegramm verbindlichsten Dank für die ihm durch die Wiederwahl zum Präsidenten abermals erwiesene hohe Ehre aus.

Vizepräsident Frhr. v. Manteuffel gibt dann die seit dem Frühjahr eingetretenen Aenderungen im Personalstand des Herrenhauses bekannt. Das Haus ehrt das Andenken der verstorbenen Mitglieder v. Rittykowski, Herzog von Pleß, Frhr. v. Durant, Prof. Dove, Fürst Wied und Geheimrat Dernburg in üblicher Weise.

Vizepräsident Frhr. v. Manteuffel bedauert, daß das Präsidium sich an der gestrigen Beisetzung des Geheimrats Dernburg nicht beteiligen konnte. Er habe der Tochter des Verstorbenen das Beileid des Hauses ausgedrückt.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betr. Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin und des Polizeibezirks Potsdam.

Da außer den geschäftlichen Mitteilungen weitere Gegenstände nicht auf der Tagesordnung standen, vertagte sich das Haus auf unbestimmte Zeit. Schluß 2½ Uhr.

Gericht und Rechtsprechung.

Bielefeld, 26. November. (Strafkammer.) Der Kaufmann A. D. zu Isselhorst war von dem Schöffengericht zu Gütersloh wegen Jagdvergehens zu einer Geldstrafe von 30 Mk. ev. 6 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Seine Berufung wurde von der Strafkammer verworfen. — Dem Schuhmachermeister W. zu Herpen wurden in der Nacht zum 30 Oktober 1905 für etwa 400 Mk. Schuhwaren gestohlen und fortgeschafft. Die Diebe hatten ein Fenster mittels eines Bohrers geöffnet und dann alles fortgeschafft, was nur fortzuschaffen war. Heute, nach zwei Jahren, hatte sich einer jener Einbrecher, der frühere Bergarbeiter J. J. von Essen vor dem Strafrichter zu verantworten. Er hat noch zwei Jahre Zuchthaus zu verbüßen und erhielt wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus. — Die in dem Rettungshause zu Schildesche untergebrachten weiblichen Zwangszöglinge B. G. und J. B. sind am 3. Juni dss. Js. der Anstalt entlaufen und haben versucht, sich selber durchzuschlagen. So hatten sie durch Vermittlung einer Gesindevermieterin in Schröttinghausen bei einem Kolon einen Dienst gefunden. Schon nach kurzer Zeit am 3. Juli dss. Js. aber hat sich die G. heimlich aus dem Dienste entfernt und ein ganzes Bündel Kleidungsstücke, ein paar Schuhe und Goldsachen im Gesamtwerte von etwa 36,50 Mk. gestohlen. Mit diesen Sachen ist sie zur Anstalt zurückgekehrt, die dann auch dieselben dem Eigentümer wieder zugestellt hat. Das Mädchen erhielt heute wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle 1 Monat Gefängnis.

Stadtverordneten-Sitzung.

(Bau einer Mittelmädchenschule in der Paulusstraße.)

Bielefeld, 28. November.

Der Rechnungsleger der Wasserwerkskasse wird für 1906 entlastet. Die Versammlung genehmigt, daß von dem Reingewinn 68 000 Mk. an die Kämmereikasse abgeführt und der Rest von 28 609,63 Mk. und die Gewinnvorträge aus 1904 und 1905 mit 45 842,30 Mk. zusammen 74 451 93 Mk., auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Die vom Magistrat beantragte Genehmigung eines mit dem Kolon E. Lauks abgeschlossenen Vertrages über den Ankauf des Grundstücks von 42 Scheffelsaat und 690 Meter Frontlänge südlich vom Hallerweg neben der Köln-Mindener Eisenbahn wird erteilt und der Kaufpreis nebst Kosten aus Mitteln des Armen- und Stiftungsvermögens bewilligt. — Mit den Eheleuten Kolon Siekmann in Milse ist ein Vertrag über den Ankauf von Grundstücken in Milse zum Preise von 1050 Mk. pro Scheffelsaat abgeschlossen worden. Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. — Dem Austausch von Grundflächen zwischen der Rohrteich- und Ravensbergerstraße mit der Witwe Möllemann wird zugestimmt, 560 Mk. für die Mehrfläche von 28 Quadratmeter, welche Witwe Möllemann zur Mittelstraße abtritt, werden bewilligt. Der Magistrat beantragt die Genehmigung eines Nachtrages zu dem Statut für die Verwaltung der für den Landkreis und den Stadtkreis Bielefeld gemeinsamen Kreisinstitute und Genehmigung der Metrikel für den gemeinsamen Kreiswegeverband. Die Vorlage wird der um zwei Mitglieder verstärkten Finanzkommission überwiesen. In diese werden die Stadtvo. Dr. Klasing und Justizrat Bock gewählt, während Stadtv. Hoffmann an die Stelle des Stadtv. Severing treten soll. — Auf Titel III C. 10 der Kämmereirechnung A für 1907, sächliche Verwaltungskosten, werden 2750 Mk. nachbewilligt. — Die kaufmännische Fortbildungsschule, Handelsfachschule, hat sich, wie Bürgermeister Dr. Stapenhorst ausführt, in solcher Weise entwickelt, daß in Rechnung 1908 ein Zuschuß von 5500 Mk. eingestellt werden muß. Es ist aber ein Staatszuschuß von ⅓ bis ½ zu erhoffen. Herr Direktor Ilse soll am 1. April 1908 definitiv angestellt werden und ihm das Gehalt eines Fachschuldirektors nebst Wohnungszuschuß von 1600 Mk. bewilligt werden. Nachdem auf eine Anfrage des Stadtv. Prof. Dr. Nierhoff Bürgermeister Dr. Stapenhorst bemerkt hat, es sei nicht anzunehmen, daß der Staat als Gegenleistung für seinen Zuschuß mehr fordern werde als die Bestellung eines Mitgliedes im Schulvorstand, wird der Haushaltsplan der Handelsschule für 1908 und die anderweitige Gehaltsfestlegung ihres Direktors Ilse genehmigt. — Zum Etat der gewerblichen Fortbildungsschule für 1908 bemerkt Bürgermeister Dr. Stapenhorst, daß der Staat auf absehbare Zeit nicht mehr als 15 000 Mk. Zuschuß bewilligen könne und sich der städtische Zuschuß daher von 19 000 Mk. auf 23 059 Mk. erhöhe Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen. — Desgleichen wird der Haushaltsplan der Armenkasse Rechnung A für 1908 genehmigt. — Die Fluchtlinien der verlängerten Waldemarstraße zwischen Herforder- und Kleine Bahnhofstraße durch das Delius'sche Grundstück werden nach dem Magistratsvorschlage abgeändert. — Bürgermeister Dr. Stapenhorst berichtet über die Vorlage betr. die vom Magistrat beantragte **Aufhebung der Fluchtlinien der Verbindungsstraße zwischen Breite- und Obernstraße.** Der verstärkte Bauausschuß hat mit großer Mehrheit die Aufhebung der Fluchtlinien abgelehnt. Redner legt die Gründe dar, aus denen er für den Magistratsantrag im Bauausschuß eingetreten ist, und macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Versammlung dem Antrage des Bauausschusses entsprechend beschließe, die Bewilligung von 23 000 Mk. zum Ankauf eines Grundstückes unabweisbar sei. Stadtv. Prof. Dr. Nierhoff erklärt, der Bauausschuß habe keinen Grund gesehen, die Fluchtlinien jetzt aufzuheben. Ihrer Beibehaltung ständen keinerlei Bedenken entgegen, ja sie sei in sanitärer Hinsicht sehr wünschenswert. Stadtv. Hoffmann begründet die Stellung der Mehrheit mit dem Wertzuwachs, eine Auffassung, der Stadtv. Gräber entschieden entgegentritt. Nachdem noch die Stadtvv. Niemann und Modersohn ihre persönliche Stellung dargelegt haben und Stadtv. Schlüter erklärt hat, daß er sich der Abstimmung enthalten müsse, wird der Antrag des verstärkten Bauausschusses, die Fluchtlinien fortbestehen zu lassen, mit geringer Mehrheit angenommen. — Ein dringlicher Magistratsantrag, jetzt den neuen, oberen Teil des Johannisfriedhofs für Reihengräber einzurichten, wird angenommen. Wie der Oberbürgermeister mitteilt, wird der Johannisfriedhof dann noch auf 3 Jahre für große, und auf 5 Jahre für kleine Reihengräber ausreichen. Nach dieser Zeit könne wieder auf dem alten Kirchhoff beerdigt werden.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung: **Neubau der Mädchen-Mittelschule an der Paulusstraße** beschäftigt die Versammlung fast durch zwei Stunden. Der Oberbürgermeister rekapituliert die Vorgeschichte der heutigen Magistratsvorlage. Der erste Kostenanschlag des Bauamts in Höhe von 330 000 Mk. sei an den verstärkten Bauausschuß verwiesen worden. Nachdem die sachverständigen Mitglieder Lütkemeyer und Kramer ein billigeres Projekt ausgearbeitet hatten, habe der verst. B. A. am 21. Sept. die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs beschlossen. Der Magistrat habe sich damit auch einverstanden erklärt. Inzwischen hätten dann erneute Verhandlungen stattgefunden. Die Schulkommission habe 3 Räume mehr gefordert und das Stadtbauamt darnach neue Pläne aufgestellt, die alle Beachtung finden mußten. Sie wurden dem verst. B. A. am 8. Nov. vorgelegt. Dieser lehnte nunmehr die Ausschreibung eines Wettbewerbs ab und beauftragte das Bauamt mit der Ausarbeitung der neuen Pläne unter Benutzung bestehender Gebäude. Auf Grund der neuesten Skizzen ist es möglich, die Baukosten auf 216 000 Mk, inkl. Nebengebäude und Inventar auf 265 250 Mk. herabzumindern. Das Gebäude soll an der Ostseite des Grundstücks errichtet werden und in ihm Korridor mit Klassen an beiden Seiten erhalten. Der Magistrat beantragt, das Bauamt mit der Ausarbeitung der Pläne zu beauftragen, unter der Beschränkung, daß es die Grenze von 220 000 Mk. nicht überschreiten dürfe. Stadtv. Lütkemeyer erstattet namens des verstärkten Bau-Ausschusses Bericht über die Kommissions-Verhandlungen. In der Sitzung vom 6. August sahen sich die sachmännischen Kommissionsmitglieder genötigt, ihrem Urteil gegenüber dem Stadtbauamt entschiedenen Ausdruck zu geben. Das Bauamt erklärte sich indessen außerstande, das Projekt anders zu gestalten. Am 20. August hätten darauf er, der Redner, und Architekt Kramer durch Vorlage eines eigenen Projektes nachgewiesen, daß sich 80 000 Mk. sparen ließen. Es wurde festgestellt, daß sich sehr vieles billiger und praktischer herstellen läßt und dabei die Möglichkeit einer späteren Erweiterung des Gebäudes vorhanden war. Auch hierauf erklärte das Stadtbauamt, kein neues Projekt ausarbeiten zu können. (Sämtliche Sozialdemokraten verlassen die Sitzung.) Am 23. September wurde darauf unter Zustimmung des Herrn Bürgermeisters die Ausschreibung einstimmig beschlossen. In der vierten Sitzung vom 8. November wurde vom Bauamt ein neues Projekt auf Grund der Lütkemeierschen Skizze vorgelegt und der Magistrat beantragte nun, den Beschluß vom 23. September aufzuheben und das Bauamt mit Ausführung des neuen Projekts zu beauftragen. Dieser Beschluß ging mit 7 gegen 6 Stimmen durch. Wir wünschten nach wie vor den Wettbewerb,

Der letzte Traum.

Erzählung
aus dem polnischen Aufstande im Jahre 1848.
Von L. Ideler.

22) (Nachdruck verboten.

„Nicht doch!" entgegnete Arnau ernst. „Das Polenreich ist ein verkohlter Boden, in dem der letzte Funke bereits erloschen."

„Er ist nicht erloschen, sondern Ströme Blutes haben ihn erstickt!" warf Frau von Stanicz in ihrem fremdartig klingenden Deutsch ein. Ihr Gesicht wurde leichenblaß, als sie diese Worte sprach.

Der preußische Offizier wandte sich teilnehmend der Dame zu; sie hatte offenbar Entsetzliches erlebt.

„Nicht durch uns sind diese Ströme Blutes vergossen, gnädige Frau, weiß Gott, nicht durch uns! Aber die Unterhaltung ist für Sie peinlich; wechseln wir das Thema."

„Gewiß," beeilte auch Graf Morinski sich beizustimmen, „nur eins möchte ich noch bemerken, Herr von Arnau. Sie nannten vorhin das Polenreich einen verkohlten Boden, in dem jeder Funke erloschen ist. Ich möchte es lieber mit einer ausgedehnten Moorfläche vergleichen und den preußischen Soldaten mit einem Manne, der über dieses Moor schreitet. Der Boden schwankt ihm unter den Füßen; das ist das Zittern des Grolls und der Empörung. Und wenn nun der Mann über dieses Zittern, das unser ganzes Land erschüttert, in Zorn gerät und darum härter auftritt, so spritzt der Haß in die Höhe, gleichwie dem Wanderer, der hart in den weichen Moorboden tritt, das Wasser bis in das Antlitz spritzt. Es fragt sich, kommt der Wanderer glücklich durch? Denn ein Wassergraben wird ihm den Weg versperren, ein Graben, den er nimmermehr überschreiten kann, und dann gilt es kein Zurück für den Wanderer mehr; er wird im Moor versinken!"

Arnau war aufmerksam der lebendigen Schilderung gefolgt.

„Wen verstehen Sie unter dem Wassergraben?" fragte er.

„Frankreich!" entgegnete der Graf mit einem tiefen Atemzuge.

Frankreich! Wiederum erfaßte tiefes Mitleid den preußischen Offizier.

„Frankreich hat Polen noch immer verlassen. Die Franzosen sind ein falsches, ein treuloses Volk. Denken Sie an die Kämpfe mit den Russen 1831; sie warfen Ihr Volk bei Ostrolenka, bei Praga nieder, und kein Franzose kam den Polen zu Hilfe!"

Ein tiefer Seufzer durchzitterte das Gemach, und Frau von Stanicz blickte mit irren Augen vor sich hin.

„Ostrolenka!" sprach sie leise; wie ein Hauch kam das Wort über ihre blutleeren Lippen.

„Das war der erbärmliche Louis Philipp, der uns damals im Stiche ließ", antwortete Morinski rasch. „Er hatte genug mit sich selbst zu tun, um sich als Regent zu halten, und jetzt hat ihn sein eigenes Volk fortgejagt. Nicht auf einen einzelnen, eigensüchtigen Mann hoffen wir jetzt, nein, auf die ganze französische Nation, und diese wird uns nicht unserm Verderben überlassen!"

Hans von Arnau schüttelte den Kopf.

„Es schmeichelt der französischen Eigenliebe, daß das polnische Volk Schutz bei ihr sucht, und an schönen, hochtrabenden Worten hat es Frankreich noch niemals fehlen lassen. Aber das ist auch alles. Ich fürchte, verehrter Herr Graf, dieser Wassergraben wird den Mann im Moor an seinem Weiterschreiten nicht hindern!"

Der polnische Edelmann sah dem jungen Offizier fest in das Antlitz.

„Ich glaube, wir haben in Ihnen einen ehrenhaften Feind gefunden!" sagte er dann und reichte Arnau die Hand. Dieser ergriff sie lebhaft.

„Ich möchte Ihr Freund sein, Herr Graf, und möchte Sie warnen, sich nicht in Träume zu verlieren. Die Wirklichkeit umfängt uns!"

„Meinen Sie?" fragte der Graf. Es ist kein Traum, mich überkommt ein Hoffen, und unsere Zuversicht wird der Himmel krönen."

Wieder leuchteten seine Augen, als er die Worte sprach, und Arnau dachte schmerzlich: „Diese Zuversicht stirbt erst mit dem Tode, aber sein Traum wird ihn das Leben kosten."

Das Gespräch lenkte sich in gleichgültigere Bahnen ein. Der Offizier verabschiedete sich, um seinen Dienst anzutreten. Graf Morinski und Herr von Stanicz zogen sich in das Privatzimmer des Hausherrn zurück, um dort unter vier Augen noch über allerhand geheime Dinge Rücksprache zu nehmen.

Sobald die Tür sich hinter ihnen geschlossen hatte, begann der Graf in seiner lebhaften Weise; „Ich habe schon sehr unangenehmere Männer gesehen, als diesen preußischen Offizier. Er ist ein feiner, freundlicher Mensch, der Sie seine lästige Pflicht nicht allzuschwer fühlen lassen wird." (Forts. f.)

da wir selbst nicht zu konkurrieren beabsichtigen, aber überzeugt sind, daß andere Architekten noch über unser Projekt hinaus billig und zweckmäßig bauen würden. Das alte Gebäude ist der Erhaltung wert, das bedeutet jetzt eine Ersparnis sogar von 110 000 Mk. Das spätere Entgegenkommen des Herrn Dr. Laspeyeres kann nicht wieder gut machen, was vorher der Eigensinn des Stadtbauamts verschuldet hat. Wir wollen Front machen gegen die von ihm geübte Despotie und beantragen also, die Versammlung wolle beschließen, im Sinne des Beschlusses vom 23. Sept. den Wettbewerb auszuschreiben, die Ausführung aber bei Fortbestehen der Kommission dem Bauausschuß zu überlassen. Aus der weiteren Diskussion können wir nur die wichtigsten Momente hervorheben. Stadtv. Justizrat Dr. Klasing: Das System des Bauamts ist gänzlich gescheitert. Die Opposition der Stadtverordnetenversammlung hat sich Achtung und ihrer Kritik Beachtung erzwungen. Die Angelegenheit hat jetzt eine derartige prinzipielle Bedeutung gewonnen, daß sie völlig zum Austrag gebracht werden muß. Wir wollen uns noch weitere Garantien verschaffen, daß unser Standpunkt richtig ist. Auch im Interesse des Bauamts muß es liegen, nunmehr die Probe auf das Exempel zu machen und das Beste zu verlangen, was hier überhaupt möglich ist. Beim öffentlichen Wettbewerb kommen wir am schnellsten zum Ziele. Der Oberbürgermeister bittet demgegenüber, den vom verstärkten Bauausschuß zuletzt, am 8. November, gefaßten Beschluß anzunehmen. (Eine zu Gunsten des Stadtbaurats ins Gewicht fallende Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters bedauern wir nicht weiter geben zu dürfen, da der Herr Oberbürgermeister sie — freilich vor voller Oeffentlichkeit — als nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt bezeichnete.) Bürgermeister Dr. Stapenhorst ist der Ansicht, daß sich dieser Bau für eine Ausschreibung nicht eigne, wohl aber der für später in Aussicht stehende Neubau einer Schule in Sudbrak. Bezüglich des ersten aufgegebenen teuren Projekts mache er darauf aufmerksam, daß das Bauamt bei seiner Ausarbeitung an jetzt aufgegebene Vorschriften gebunden gewesen sei, denen es habe nachkommen müssen. Stadtv. Klarhorst ist auf Grund persönlicher Kenntnis der Ansicht, daß das bestehende Gebäude wenig wert sei und mahnt zur Vorsicht. Stadtv. Justizrat Dr. Klasing bringt nun folgenden Antrag ein: Den Antrag des verstärkten Bauausschusses vom 8. November abzulehnen und die Sache zur Einleitung der öffentlichen Ausschreibung an den verstärkten Bauausschuß zurückzuverweisen. Nachdem der Stadtv. Lülkemeier zu Gunsten dieses Antrages seinen eigenen Antrag zurückgezogen hat, wird der Antrag Klasing nahezu einstimmig angenommen. Stadtv. Klarhorst stimmt dagegen. Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Bielefeld, 28. November.

*** (Meisterkurse.) Zum 11. Male finden demnächst in Dortmund Meisterkurse für Schuhmacher, zum 13. Male für Schneider, zum 11. Male für Schreiner, zum 10. Male für Schlosser, zum 2. Male für Maler statt. Die Kurse werden am 13. Januar 1908 eröffnet und dauern 8 Wochen. Bis 10 Teilnehmer werden zu jedem Kursus zugelassen, dieselben sollen in der Regel das 24. Lebensjahr vollendet haben. Bewerbungen von Meistern und solchen Gehilfen, die sich baldigst selbständig machen wollen, werden bevorzugt. Unterrichtsmittel, Maschinen, Werkzeuge, Materialien u. a. werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Das Unterrichtsgeld kann erlassen werden. In der Regel erhalten die Teilnehmer reichliche Beihilfen zum Lebensunterhalte. Die Meisterkurse werden in einem Werkstatthause abgehalten, die schönen Werkstatträume sind mit praktischen und modernen Maschinen ausgestattet. Der Unterricht wird von anerkannt tüchtigen Fachlehrern erteilt. Die bereits abgehaltenen Kurse haben die besten Erfolge aufzuweisen. Anmeldungen sind umgehend an den Leiter der Meisterkurse, Direktor Regling, Dortmund, Schwanenwall 41, zu richten. Die nächstfolgenden Kurse beginnen voraussichtlich Anfang Juni 1908. Die Handwerkskammern sind gern bereit, jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

(Aus dem Theaterbureau) wird uns geschrieben: Robert Kothe, der Meistersänger zur Laute, der am Freitag, den 29. d. Mts., abends 7½ Uhr, einen nur einmaligen Liederabend veranstaltet, stellt einen ganz eigenartigen, neuen Typus dar. Er ist in Deutschland der erste gewesen, der die mittelalterliche Lautenmusik zu neuem Leben erweckt hat und dem es mit dieser Tat beschieden gewesen ist, den von moderner Musik überreizten Nerven eine erfrischende, stärkende Arznei zu bescheren. Seine Lieder, die er zur Laute meisterlich vorträgt, atmen den kernigen Humor, die würzige Derbheit, Kraft, Ursprünglichkeit mittelalterlichen Lebens. Ein Abend bei dem Lautenspieler und Sänger Robert Kothe wirkt wie ein seelenstärkendes, herzerfreuendes Sonnenbad.

Aus dem Kreise Herford.

Herford, 28. Nov. (Der Beamtenverein) veranstaltet am Sonntagnachmittag 3½ Uhr auf dem Schützenhofe seine 3. Unterhaltungsfeier zu welcher ein sehr reichhaltiges und schönes Programm zusammengestellt ist.

-r **Herford**, 27. Nov. (Der Kameradschaftliche Verein) hielt heute in Neckers Turnhalle eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung ab, die vom Vorsitzenden mit einem freudig aufgenommenen Kaiserhoch eröffnet wurde. Es wurden 31 neue Mitglieder aufgenommen, sodaß jetzt der Verein 610 Kameraden zählt. Beschlossen wurde Kaisers Geburtstag mit dem Kriegerverein gemeinsam zu begehen, das Nähere soll in der Dezemberversammlung beschlossen werden. Anschließend an die Generalversammlung fand ein kameradschaftliches Zusammensein statt aus Anlaß des 3jährigen Stiftungsfestes, das aufs beste verlief. Herr Professor Fellinger hielt die Festrede, die mit einem Hoch auf den Kameradschaftlichen Verein endete. Mit dem Gesang der Nationalhymne wurde die Feier um 12 Uhr geschlossen.

-r. **Herford**, 27. Nov. (Generalversammlung) An die heutige Generalversammlung des Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene, nahm als Vertreter des Herrn Regierungspräsidenten, Herr Regierungsrat Hirsemenzel aus Minden teil. Den Bericht über den Stand des Vereins und die Tätigkeit desselben erstattete der Vorsitzende Herr Direktor Weitha. Danach beträgt die Mitgliederzahl 365. Die Einnahmen betrugen 600,79 Mark, die Ausgaben 538 72 Mark, sodaß ein Bestand von 61,57 Mark verblieb. Das Vermögen betrug 3409,04 Mark. 14 zur Entlassung gekommenen Gefangenen wurde Arbeit vermittelt, davon 11 mit Erfolg. Herr Strafanstaltslehrer Büscher hielt einen Vortrag über die „Strafanstaltsschule, ein Besserungsmittel im Strafvollzuge“, der mit regem Interesse verfolgt wurde. Die Strafanstaltsschule hat den Zweck, den Gefangenen sittlich zu heben, der Freiheitstrafe das geistig Niederdrückende und Abstumpfende zu nehmen, das besonders der Einzelhaft eigen sei und um die Lücken des Wissens auszufüllen.

Herford, 28. Nov. (Zeugenrecht — oder Ungebühr vor Gericht?) Ein Angeklagter hatte sich in der Hauptverhandlung, welche bei dem Schöffengerichte zu Köln gegen ihn stattfand, in Bezug auf die Aussage einer Zeugin geäußert: „Die Zeugin soll sich schämen, daß sie so etwas gesagt hat.“ Das Gericht fand hierin eine Ungebühr und verurteilte den Angeklagten deshalb zu einer Ordnungsstrafe. Die von ihm bei dem Kölner Oberlandesgericht erhobene Beschwerde hatte Erfolg, denn dasselbe hob die Ordnungsstrafe mit folgender Begründung auf: In der erwähnten Aeußerung des Angeklagten für sich allein, kann unmöglich eine Ungebühr, d. h. eine gröbliche Verletzung der Ordnung angesehen werden, mag auch in derselben inhaltlich der Vorwurf des wissentlichen Meineides liegen. Der Angeklagte hat ein Recht, Zeugenaussagen, die er für unrichtig hält, abzuwehren, und selbst gegen Zeugen den Vorwurf der wissentlichen Verletzung der Eidespflicht zu erheben, um seine Verurteilung auf Grund der ihm unrichtig erscheinenden Aussage zu verhindern. Dieses Recht darf ihm, solange er nicht für seine abwehrenden Aeußerungen bezüglich deren er zweifellos Anspruch auf Schutz des § 193 des Str.-G.-B. hat, eine ungehörige Form wählt, nicht beeinträchtigt werden, sofern er nicht in seiner Verteidigung in unzulässiger Weise beschränkt werden soll. Wenn der Vorderrichter es für seine Pflicht erachtet, Zeugen vor Beleidigungen zu schützen, so kann ihm hierin nur zugestimmt werden. Es muß aber doch zunächst eine Beleidigung gegeben sein, was im vorliegenden Falle nicht zutrifft. (§ 193 Str.-G.-B.) Anderseits dürfen der Verteidigung des Angeklagten aber keine unnötige Schranken gesetzt werden; dies hat aber der Vorderrichter getan, indem er gegen den Angeklagten eine Ordnungsstrafe festsetzte.

⨯ **Spenge**, 27. Nov. (Feuer.) Heute morgen brannte das vom Müller Schröder bewohnte Haus Nr. 43 total nieder. Die Bewohner schwebten in Lebensgefahr. Weiteres darüber morgen.

Bünde, 26. Nov. (Stadtverordneten-Wahl.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden in der dritten Abteilung (747 Wähler) 393 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Oberlehrer Fr. Langewiesche 240, Kaufmann G. Holfelder 206, Geschäftsführer H. Kruse 196, Lagerhalter Schüler 133. Gewählt sind Langewiesche und Holfelder. — In der zweiten Abteilung (92 Wähler) wurden 67 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Geschäftsführer C. Wulkow 64, Klempnermeister E. Schireck 38, Cigarrenfabrikant Brand 30, zersplittert 2. Gewählt sind Wulkow und Schireck. — In der ersten Abteilung (24 Wähler) gaben 17 Wähler ihre Stimme ab, die sich auf Eisengießereibesitzer J. Hester und Cigarrenfabrikant Otto H. Dustmann vereinigten.

Südlengern, 27. Nov. (Goldene Hochzeit.) Die Eheleute Bredenkötter hierselbst feiern am Freitag, den 29. d. M. ihre goldene Hochzeit. Wir bringen dem Jubelpaare zu diesem Ehrentage unsern besten Glückwunsch dar.

Aus den Kreisen Minden und Lübbecke.

Minden, 27. Nov. (Ein für die Gewerbetreibenden interessantes Urteil) fällte am 25. d. Mts die Paderborner Strafkammer. Der Schlosserlehrling K. aus Neuhaus, der hierselbst in der Maschinenfabrik von A. beschäftigt ist, weigerte sich, die hiesige obligatorische Fortbildungsschule zu besuchen, weil er diese in seinem Wohnorte Neuhaus besuchte. Auf eine Strafverfügung der Paderborner Polizeiverwaltung beantragte der Vater des K. gerichtliche Entscheidung, und das Schöffengericht sprach ihn frei, weil es annehme, K. sei nicht verpflichtet, die Paderborner Schule zu besuchen. Bei der Verhandlung vor der Strafkammer als Berufungsinstanz machte der als Zeuge vernommene Direktor der Schule geltend, daß nach dem Ortsstatut und der Schulordnung der gewerblichen Fortbildungsschule alle im Bezirke der Stadt Paderborn beschäftigten gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren in Paderborn schulpflichtig seien, daß die Fortbildungsschule nicht neben der Lehre liege, sondern als ein Teil derselben anzusehen sei, weil sie das gebe, was die Werkstatt nicht geben könne, daß dem zufolge dieser Teil der Lehre dort zu erledigen sei, wo das Lehrverhältnis bestehe, das sei für den Lehrling K. eben Paderborn, und er berief sich dabei auf Vorentscheidungen des Kammergerichtes, nach denen für den Besuch der Fortbildungsschule nicht der Wohnort, sondern der Arbeitsort maßgebend sei. Die Strafkammer hob die Entscheidung des Schöffengerichtes auf, erklärte den Lehrling K. für schulpflichtig in Paderborn und verurteilte ihn.

Minden, 26. Nov. (Dem Herrn Oberst Rafalski,) Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 15, ist die Allerhöchste Erlaubnis zur Anlegung des ihm von Ihrer Majestät der Königin Wilhelmine der Niederlande verliehenen Kommandeurkreuzes des Königlich-Niederländischen Ordens von Oranien-Nassau erteilt worden.

gt **Oeynhausen**, 27. Nov. (Orgel-Abnahme.) Am Sonnabend, den 23. d. Mts. fand in der evangel. Kirche hierselbst durch Herrn Prof. Lamping-Bielefeld die Abnahme der von der berühmten Orgelbaufirma Klaßmeyer, Kirchhelde, erbauten neuen Orgel statt. Dieses stattliche Werk besitzt auf 3 Manualen und Pedal insgesamt 40 klingende Register, als Spielhilfen fungieren 4 Registraturen und 5 feststehende Kombinationen. Das Resultat der Abnahme war, wie man nicht anders erwartete, ein äußerst günstiges, und die Firma Klaßmeyer hat einmal wieder den Beweis erbracht, daß sie imstande ist, allen Ansprüchen in Bezug auf Klangschönheit und technische Vollkommenheit vollauf gerecht zu werden.

Aus dem Reg.-Bez. Münster und Arnsberg.

Arnsberg, 26. Nov. (Altertumsfund.) Bei der Ausschachtung einer Kalkgrube in Allendorf kamen Teile einer alten Ritterrüstung und ein Rittersstandbild zum Vorschein. Auch sind Spuren eines unterirdischen Ganges sichtbar. Die Arbeit wurde eingestellt, bis die Bedeutung der Fundstelle festgestellt ist.

Dortmund, 26. Nov. (Kroatenausweisung.) Die Regierung hat durch Verfügung vom 20. d. M. abermals eine große Anzahl Kroaten als lästige Ausländer aus dem Staatsgebiet ausgewiesen. In den letzten acht Tagen sind abermals im Ruhrgebiet neun Raubanfälle durch Kroaten verübt worden.

Dortmund, 27. Nov. (Schrecklicher Tod.) Der vierjährige Sohn des Arbeiters Stanislaus Sigominski trank aus einer auf dem Herde stehenden Kaffeekanne und zog sich schwere innere Verbrennungen zu, denen er bald erlag.

Aus den Nachbarprovinzen und Staaten.

Barmen, 26. Nov. (Am Wahltisch gestorben.) Heute mittag gegen 11½ Uhr wurde der Buchbinder R. Röhrig, Theodorstraße 35 wohnhaft, bei dem Ausüben des Wahlgeschäftes vor dem Wahltisch vom Schlage getroffen und war nach kurzer Zeit tot. Die Leiche wurde in das Totenhaus überführt.

Köln, 26. Nov. (Petersprozeß.) Die Privatbeleidigungsklage Dr. Karl Peters' gegen den Chefredakteur der „Köln. Ztg.“ Ernst Posse und den Gouverneur a. D. Rudolf v. Bennigsen beginnt vor dem Schöffengericht Köln am 7. Januar 1908. Für die Verhandlung ist eine volle Woche angesetzt. Rechtsbeistand von Peters ist Justizrat Dr. Sello, Verteidiger des Privatangeklagten Posse Rechtsanwalt Dr. Falk aus Köln.

Essen, 26. Nov. (Dem Maler Max Clarenbach,) der zurzeit eine Ausstellung seiner Gemälde im Museum der Stadt Essen veranstaltet, ist die goldene Staatsmedaille, die höchste Auszeichnung, die die Stadt für hervorragende Kunstleistungen zu vergeben hat, verliehen worden.

Düsseldorf, 26. Nov. (Gefährliche Spitzbuben.) In der verflossenen Nacht wurden von der hiesigen Kriminalpolizei die als gefährliche Spitzbuben bekannten Brüder Hansen abgefaßt, als beide in einem Goldwarenladen auf der Königstraße einen Einbruchsdiebstahl verübten. In ihrem Besitze wurden nicht weniger als 45 Schlüssel und Dietriche vorgefunden. In der Wohnung der gefährlichen Einbrecher fand man alsdann weiter Schießpulver und Sprengschnüre, sodaß es wohl sicher ist, daß beide Personen auch die in der letzten Zeit verübten Sprengungen von Geldschränken in hiesigen Fabriken ausgeführt haben.

Düsseldorf, 27. Nov. (Explosion.) Der Brunnenmacher Ferdinand Preuß war am 25. Okt. d. J. in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau eingedrungen und hatte unter deren Bett eine Sprengpatrone zur Explosion gebracht, wodurch im Hause große Zerstörungen angerichtet wurden. Personen wurden nicht verletzt. P., der aus Rache handelte, weil seine Wiederannäherungsversuche zurückgewiesen wurden, erhielt wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz 18 Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Berlin, 27. Nov. Gestern nachmittag wurde die Leiche des jüngst gestorbenen Geh. Rts. Prof. Dernburg auf dem Luisenfriedhofe im Beisein der ganzen Dernburgschen Familie beigesetzt. Die studentischen Korporationen waren in vollem Wichs mit ihren Fahnen aufgezogen.

Berlin, 27. Nov. Zu der Entdeckung des Waffenlagers russischer Terroristen wird noch weiter gemeldet: Der Polizei ist es auch gelungen, den Besteller der 9 Millimeter- (also sehr großkalibrigen) Parabellum-Pistolen und etwa 3000 Patronen festzustellen. Es war dies ein im September in Lüttich weilender Russe Turpaëff.

Kiel, 27. Nov. Ein schwerer Südweststurm hatte in den benachbarten Gewässern mehrere Schiffsverluste zur Folge. Der Dreimaster „Viktoria“ strandete südlich von Lyaland; der Svendborger Schuner „Merkur“ sank bei Läsö. Beide Schiffe werden als verloren betrachtet, die Besatzungen wurden jedoch gerettet. Auch die Fischer erlitten beträchtlichen Schaden an Booten und Geräten.

Uebersicht der Witterung.

Bielefeld, 28. November 1907.
Mitgeteilt von F. Böckelmann Ww., Bielefeld.
Niedrigster Thermometerstand i. d. Nacht + 6 °C.
Thermometerstand um 10 Uhr vorm. + 10 °C.
Barometer 75,0 cm.
Wind: Süd. Himmel: bedeckt.

Neuste Nachrichten.

Berlin, 28. Nov. Die Präsidenten des Reichstages und der beiden Häuser des Landtages werden in den letzten Tagen vom Reichskanzler zu längerer Besprechung empfangen.

Posen, 28. Novbr. Auf dem hiesigen Güterbahnhof sind große Unterschleife entdeckt worden. Eine Anzahl von Unter-Beamten und Arbeiter des Güterbahnhofes sind verhaftet worden. Haussuchungen bei einer Reihe der Verhafteten förderten die gestohlenen Wertsachen zu Tage. Bei einem der Beschuldigten wurde ein ganzes Warenlager aufgefunden. Auch Geldbeträge sollen entwendet sein.

Wien, 28. Nov. Die im preußischen Landtag eingebrachte Polenvorlage hat unter den österreichischen Polen große Erregung hervorgerufen. Man spricht von Demonstrationen, die die polnischen Abgeordneten in der am 20. Dezember zusammentretenden gemeinsamen Delegation planen.

Riga, 28. Nov. Das Kriegsgericht verurteilte vier Realschüler wegen Ermordung des Schulinspektors Petrow Joszelsohn zum Tode, ihre Kameraden zu Zwangsarbeit. Es verwandten sich dann Stolypin, der Dumapräsident Chomjakoff und andere hochstehende Persönlichkeiten für den Verurteilten; trotzdem hat der Generalgouverneur das Todesurteil in vollem Umfange bestätigt.

Stadt-Theater.

Heute:
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Viel Lärm um Nichts.

Freitag, den 29. November
Anfang 7½ Uhr
Einmaliges Außerordentliches Gastspiel des Meistersängers zur Laute Robert Kothe

Deutsche Volkslieder
— gesungen zur Laute —

Pressestimmen: Das Publikum hat es nicht bereut alle andern Veranstaltungen zu verschieben, um dem einzigen Liederabend Robert Kothe beizuwohnen. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

Grosse Hasen

Stück **3.60 Mk.** ohne Balg.
Hasen. gespickt, mit und ohne Balg.
Rücken, Keulen u. Läufe.

Ia. gemästete Gänse
Pfd. **75** Pfg.

Reh- Rücken, Keulen, Blätter,
jetzt sehr preiswert empfiehlt und versendet

Ernst Gust. Jacob.
Niedernstr. 18.
Fernsprecher 467.

Ich suche zum 1. Januar 1908 evangel. Fräulein als

Stütze

für kleinen Haushalt. Dienstmädchen vorhanden.
Frau Strafanstaltsdirektor **B. Pollitz**, Düsseldorf.



Oefen

best bewährter Systeme in schöner grosser Auswahl zu billigen Preisen
empfiehlt

Fritz Olivier,

Altstädterkirchstr. 6.

Alexander Kempe

Bewährte Qualitäten **Unterzeuge** Alle Grössen

Professer Jäger'sche wollene Normal-Unterzeuge
Heyge's zweiseitige "
Dr. Lahmann's "
Macco "
Englische und deutsche Merino- "

Hemden u. Serviteurs	Kragen- Manschettten- Chemisette-	Knöpfe	Krawatten-Nadeln.

Handschuhe, Krawatten und Hosenträger.
Strümpfe und Socken.

In grossen Sortimenten

empfehle ich **in soliden bewährten Fabrikaten** bei sehr billigen Preisen:

Unterzeuge

Dr. Thomalla
Unterzeuge,
Dr. Bilfinger
Jacken,
Prof. Dr. Jäger
Normal-Artikel, Normalhemden und Hosen, Hautjacken, wollene Jacken, gestrickte Jacken und Westen,
Unterhosen
Strümpfe, Socken und Längen.
Anfertigung nach Angabe in kurzer Zeit
Ferner: **Kinder-Mützen, Kinder Jäckchen, Kinder-Röckchen u -Höschen, Kapotten, Hauben, Tücher, Damen-Westen und Zuaven Jäckchen, gestrickte Untertaillen** ꝛc. ꝛc.

Georg Siepe,

Bielefeld, am Markt 7.

Herrenzimmer-Möbel

in gediegenen Ausführungen
liefere sehr preiswürdig

Fritz Tiekötter
Möbelfabrik, **BIELEFELD**, Niedernstr. 45.

Symphonie-Konzert

des städtischen Orchesters a. Bielefeld

(Abonnement-Konzert)

im grossen Saal des Assapheums der Anstalt Bethel

Freitag, den 29. November 1907,
abends 7½ Uhr.

Leitung: Herr Kapellmeister **Max Cahnbley.**

Sechserkarten zum Preise von **2 Mk.** und **Einzelkarten** zu **50 Pfg.** werden in der Buchhandlung der Anstalt Bethel und am Eingang zum Saal verkauft. Die Sechserkarten berechtigen zu sechs beliebigen Einzelbesuchen von Anstaltskonzerten.

Bekanntmachung.

Die **Kreis-Sparkasse zu Bielefeld** hat mit Genehmigung des gemeinsamen Kreisausschusses eine

Unter-Empfangsstelle in Brackwede
Kaiserstraße 79 (Ecke Osningstraße)
bei Herrn **Alfred Vollweg** eröffnet.

Bielefeld, den 26. November 1907.

Das Kuratorium der Kreis-Sparkasse.

Wir verzinsen die bestehenden Spareinlagen vom 1. Januar 1908 an, die **neuen Spareinlagen sofort** mit

3 3/4 Prozent.

Kreis-Sparkasse Bielefeld.

Frauenbart,

lästige Haare, Warzen, Leberflecke, Muttermale können durch Elektrolyse unter Garantie dauernd entfernt werden, ohne Narben zu hinterlassen.

Frau **Dettloff,** Turnerstr. 21,
in allernächster Nähe des Theaters.

Mein

Ungar-Wein

aus der ältesten und bedeutendsten Hof-Weinhandlung Ungarns direkt bezogen, ist garantiert

reiner, unverfälschter Traubensaft

von geringem Alkoholgehalt und darum das Beste zur **Kräftigung für Kranke und Kinder.**

Friedr. Riemeier,
Jahnplatz.

Gegen Husten

helfen sicher die vorzüglichen **Katarrh**-Bonbons

„Krügerol"
in Paketen zu 15 und 25 Pfg.

Diese Bonbons, aus Eucalyptus, Menthol und wohlschmeckenden Zusätzen bestehend, haben überall

überraschende Heilerfolge

erzielt, wie hervorragende Bühnenkünstler und Sänger (Reuttter usw.) rühmend anerkannten.

„Krügerol" empfiehlt sich selbst; jeder Versuch überzeugt auch den Mißtrauischen.

Allein Verkauf bei:

Louis Blessmann,
Schokolade- und Teehaus
Rathausstr. 14. Telefon 906. **Obernstr. 7.**

Statt besonderer Anzeige!

Heute abend 11 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 60 Jahren mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Landwirt

August Meyer zu Hartum.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Die trauernden Hinterbliebenen

Anna Meyer zu Hartum geb. Sparbrod,
Lina Meyer zu Hartum,
Gustav Meyer zu Hartum,
Martha Meyer zu Hartum,
Luise Meyer.

Diebrock, den 26. November 1907.

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Dez., nachmittags ½1 Uhr beginnend vom Trauerhause aus statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil **Hermann Lange**, für den Reklame- und Inseraten-Teil **R. Trautmann**, Druck und Verlag von **A. von der Mühlen**, sämtlich in Bielefeld.